

II- 216 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR UNTERRICHT UND KUNST**

Zl. 010.231 - Parl./71

Wien, am 29. Dezember 1971

An die  
Kanzlei des Präsidenten  
des Nationalrates39 / A. B.  
ZU 74 / J.  
Präs. am 11. Jan. 1972Parlament  
1010 W i e n

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 74/J-NR/71, die die Abgeordneten Schieder und Genossen am 9. Dezember 1971 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1 - 4) Das erste Seminar für Schulsprecher wurde vom 4. bis 6. November 1971 im Bundesheim Raach abgehalten. Es haben insgesamt 71 Schulsprecher aus allgemeinbildenden höheren Schulen und berufsbildenden höheren Schulen teilgenommen, und zwar aus den Bundesländern Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Steiermark und Wien.

Seminarthema waren "Fragen der Mitwirkung und Mitgestaltung der Schüler", die in vier Arbeitskreisen abgehandelt wurden:

1. "Die Organisation der Schülermitverwaltung"
2. "Möglichkeiten der Mitgestaltung des Unterrichts durch die Schüler"
3. "Möglichkeiten einer Mitbestimmung der Schüler bei disziplinären Maßnahmen"
4. "Die Schülerzeitung".

Das Seminar verfolgte die Absicht, den Schülervertretern die Möglichkeit zu geben, auf der Grundlage des Entwurfes zum Schulunterrichtsgesetz ihre Vorstellungen von Schülermitwirkung und Schülermitverantwortung zu entwickeln und zu diskutieren.

./.

Das Ergebnis des Seminars liegt in Form von ausführlichen Stellungnahmen der einzelnen Arbeitskreise vor. Diese können auf Wunsch jederzeit zur Verfügung gestellt werden. (eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Tagung liegt in Ablichtung bei.)

Das wesentliche Ergebnis des Seminars war eine ausführliche und kritische, aber durchaus konstruktive Stellungnahme der Schülervertreter. Grundsätzlich wurde der 11. Abschnitt des vorliegenden 3. Entwurfes eines Schulunterrichtsgesetzes von den Schülervertretern begrüßt. Es wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß er - unter Berücksichtigung einer Reihe von Änderungswünschen der Schüler - möglichst bald vom Parlament beschlossen werden möge.

Es ist geplant, ein zweites Seminar für die Schulsprecher der Bundesländer Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg um den 15. Mai 1972 zu veranstalten und zu diesem Seminar auch die Preisträger des Aufsatzwettbewerbes anlässlich des Nationalfeiertages 1971 einzuladen.

Beilage

*Linowag*

*Beilage*

Die Ergebnisse der Tagung lassen sich in folgenden Hauptpunkten zusammenfassen:

1. Grundsätzlich wird der 11. Abschnitt des vorliegenden dritten Entwurfes eines Schulunterrichtsgesetzes von den Schülerv Vertretern begrüßt. Es wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß er - unter Berücksichtigung der von den Schülern gewünschten Änderungen - möglichst bald vom Parlament beschlossen werden möge.
2. Die Schulsprecher wünschen eine möglichst konkrete Festlegung ihrer Rechte und Pflichten, vertreten darüber hinaus aber den Grundsatz, daß jeder Schule ein größtmögliches Maß an individuellen Gestaltungsmöglichkeiten bleiben soll.
3. Nach der Meinung der Schülerv Vertreter sollten für die Wahl der Schulsprecher schon die Schüler ab der 5. Schulstufe das passive Wahlrecht besitzen.
4. Die Funktion des Zusammenarbeitsausschusses ist dem Schüler nicht genug einsichtig: einerseits befürchten sie, daß der Zusammenarbeitsausschuß nicht wirklich tätig werden kann, andererseits sehen sie in ihm eine Konkurrenz zu den nicht im Ausschuß vertretenen Schülersprechern (Schulsprecher, Klassensprecher).
5. Die Möglichkeit einer Mitgestaltung des Unterrichtes durch die Schüler werden von den Seminarteilnehmern durchaus im Rahmen dessen gesehen, was im Zusammenhang mit einer modernen Gestaltung des Unterrichtes ansich in Diskussion steht:  
Kein Kathederunterricht - Entrümpelung der Lehrpläne - Objektivierung der Prüfungsverfahren - Koordinierung der Lehrstoffe.
6. Die Schülerv Vertreter bezeichnen die derzeitige Form von Disziplinarverfahren als untragbar. Sie sind für eine Demokratisierung des Verfahrens. Die Teilnahme der Schülerv Vertreter an Disziplinarkonferenzen erscheint jedoch nur einem Teil der Schüler als Lösung des Problems.
7. Was die Teilnahme der Schülerv Vertreter an den Lehrerkonferenzen betrifft, so sind die Seminarteilnehmer nicht einer Meinung. Eine generelle Teilnahme der Schülerv Vertreter an allen Konferenzen wird aber nicht gefordert.

8. Die Schülerzeitung soll nach Ansicht der Schülervertreter einer freien Meinungsäußerung der Schüler dienen; eine Zensur wird abgelehnt.
9. Ein besonderes Anliegen ist den Schülervertretern die möglichst vollständige Information über Gesetzes- und Erlaßbestimmungen, die ihre Tätigkeit betreffen.
10. Die Seminarteilnehmer hätten es begrüßt, wenn sie schon vor der Tagung Informationsmaterial zugeschickt bekommen hätten.
11. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß bei künftigen Seminaren dieser Art die unterschiedlichen Interessen der Schüler der AHS, der BHS und der Internatsschulen bei der Gruppenbildung berücksichtigt werden sollen.
12. Die Seminarteilnehmer würden es begrüßen, wenn sie über die Aufnahme ihrer Anregungen informiert und eventuell zu weiterer Mitarbeit eingeladen würden.